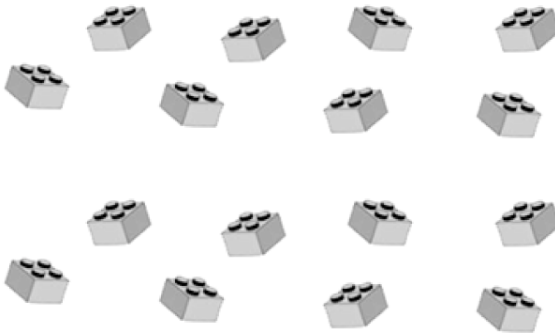




**Programm der Sozialen
Liste Bochum**

**16 Bausteine
für eine
sozialere Stadt**



Beschlossen von der Mitgliederversammlung der Sozialen Liste Bochum am 08.06.2009.



PRÄAMBEL

Die Grundrechte auf Leben, Gesundheit, Bildung, intakte Natur, menschenwürdiges Wohnen, Freizügigkeit und freie Meinungsäußerung sind unabdingbar und dürfen in keiner Weise beschränkt werden. Dazu gehören auch eine soziale Grundversicherung für alle, ein kostenloses Gesundheitssystem und eine ausreichende Altersversorgung. Wir, die Soziale Liste Bochum, wenden uns gegen jegliche Diskriminierung von Menschen aus sozialen, ethnischen, religiösen, gesundheitlichen oder geschlechtsbedingten Gründen. Wir lehnen den Sozialabbau und die Agenda 2010 strikt ab.

Mit dem Argument, es wäre kein Geld da, werden die Leistungen der Stadt Bochum gekürzt und soll kommunales Eigentum veräußert werden. Es ist aber genug Geld da! Sowohl auf kommunaler Ebene als auch in der Bundes- und Landespolitik muss es endlich von oben nach unten umverteilt werden. Wir wollen uns nicht durch vorgebliche Sachzwänge einengen lassen, sondern die Kommunalpolitik im Sinne der BürgerInnen in der Weise neu gestalten, wie wir es bereits in den vergangenen fünf Jahren erfolgreich getan haben.

Wir verstehen uns als Wahlbündnis von fortschrittlichen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, das der neoliberalen Politik der amtierenden Parteien auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene entgentritt. Statt die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen zu vertreten, versteht sich die Soziale Liste Bochum als Repräsentantin der Mehrheit der BürgerInnen unserer Stadt. Insbesondere setzen wir uns für sozial Benachteiligte, Ausgegrenzte und von Armut bedrohte Menschen ein.

1. DIE KRISE TRIFFT AUCH BOCHUM...

Ganz Bochum? Nein, sie trifft vor allem die Einkommensschwachen, die Hartz IV-Opfer, die arbeitende Bevölkerung. Für diejenigen, die kräftig vom Aufschwung profitiert haben,

werden heute milliardenschwere Hilfspakete geschnürt. Denjenigen, denen schon der Aufschwung nichts nützte, greift man jetzt erst recht in die Taschen. „Not leidende“ Banken und Konzerne werden subventioniert, Not leidende Menschen zahlen drauf.

Ist die Bochumer Politik an der aktuellen Krise unschuldig? Natürlich haben unsere Stadtoberen keinen nennenswerten Einfluss auf die Entwicklung der internationalen Märkte, aber die Politik, die sie jahrzehntelang propagiert und umgesetzt haben, trägt Mitschuld am aktuellen Desaster. Auch die bürgerlichen Bochumer Ratsparteien haben in den Chor der Marktradikalen eingestimmt und ihren Kritikern den wirtschaftspolitischen Sachverstand abgesprochen. Die neoliberalen Phrasen von „mehr Wettbewerb“, „Deregulierung“ und „Privat vor Staat“ wurde auch in Bochum fleißig herunter getet, zum Leitgedanken der Politik erhoben. Der Cross-Border-Leasing-Deal aus dem Jahr 2004 ist geradezu ein Musterbeispiel für jene hoch riskanten Finanzgeschäfte, die kurzfristig Gewinne versprechen und mittelfristig in der Katastrophe enden. Wenn sich unsere Regierenden heute als Retter in der Krise verkaufen, so ist das blanke Heuchelei. Ihre Politik hat diese nach Kräften befördert, sie tut es noch.

Finanzielle Hilfe für die Krisenverursacher lehnen wir ab. Solange sich offenkundig untaugliche ökonomische Strukturen nicht ändern, sind Finanzspritzen für Banken und Konzerne reine Verschwendung von Steuergeldern. Gescheiterte und insolvente Privatunternehmen sind nicht mit öffentlichen Mitteln zu alimentieren, sondern in öffentliches Eigentum zu überführen und demokratischer Kontrolle zu unterstellen.

Die Soziale Liste fordert ein Anti-Krisen-Programm, das die Hilfe dorthin bringt, wo sie am dringendsten benötigt wird: Zu den Krisenopfern, den Arbeitslosen, den Kurzarbeitenden, den von Entlassung bedrohten KollegInnen. Wir wollen ein nachhaltiges Konjunkturprogramm, das nicht Steuergeschenke an Besserverdienende verteilt, sondern in Bildung, öffentlichen Personennahverkehr und kommunale Infrastruktur investiert.

Wir fordern das Ende des Privatisierungswahns und eine Stärkung des öffentlichen Sektors mit dem Ziel der Rückeroberung der Stadt durch die BürgerInnen.

2. ARBEIT & SOZIALES

Bochum ist eine Stadt der Solidarität! Deshalb unterstützen wir alle Belegschaften, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen wie bei Opel, Thyssen und in anderen Betrieben.

Auch in Bochum wird zehntausenden von Menschen das Recht auf einen menschenwürdigen und ausreichend bezahlten Arbeitsplatz verwehrt. Statt hier für Abhilfe zu sorgen, werden Arbeitslose schikaniert und ausgeplündert. Die Einführung des „Arbeitslosengeldes II“, im Rahmen der sogenannten Hartz-Reformen, bedeutete für viele den endgültigen Schritt in die Armut – von 351 € im Monat kann man angesichts der exorbitant angestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel und Energie nicht menschenwürdig leben!

Wir fordern ein wirklich existenzsicherndes Einkommen für alle. Von den Kommunen erwarten wir die Schaffung von mehr regulären Arbeitsplätzen, auch in städtischen Betrieben. Sogenannte „Arbeitsgelegenheiten“ (Ein-Euro-Jobs) sind einzustellen, da sie die Menschen ihrer Würde berauben, Arbeitszwang darstellen und reguläre Beschäftigungsverhältnisse zerstören.

Wir lehnen jede Form von erzwungener Arbeit ab. Auch „gemeinnützige Tätigkeit“ muss angemessen bezahlt werden. Tariflich zu entlohnende Arbeit darf hierdurch nicht ersetzt werden.

Zeitarbeitsfirmen beuten die arbeitenden Menschen in besonderer Weise aus, deshalb setzen wir uns entschieden für ihr Verbot ein.

In Fragen der Arbeitszeitverkürzung sollte die Stadt als großer Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorgehen. Wir fordern daher die 35-Stunden Woche als ersten Schritt zur Einführung der

30-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich für alle städtischen Beschäftigten. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen hat die Stadt Bochum sicherzustellen, dass die Beschäftigten nach dem gültigen Tarifvertrag entlohnt werden. ZeitarbeiterInnen müssen genau wie regulär Beschäftigte entlohnt werden und gleiche tarifliche Rechte – einschließlich Kündigungsschutz – bekommen.

Statt den sozialen Beratungsstellen die Mittel zu kürzen oder gar zu streichen, müssen sie ausgebaut werden, ebenso wie die Beratungsstellen für Frauen, die sexualisierte Gewalt erfahren mussten, sowie die Frauenhäuser und Notruftelefone. Auch sind die Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche auszubauen.

Männer und Frauen sollen ermutigt werden, ihre Elternteilzeit gleichermaßen wahrzunehmen.

3. BILDUNG

Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware. Es geht uns um die geistige und moralische Entwicklung des Menschen und nicht um seine Verwertbarkeit für die Wirtschaft. Hinter den von PolitikerInnen aller im Stadtrat vertretenen, bürgerlichen Parteien propagierten Elitekonzeptionen steht hingegen nichts weiter als der Versuch, Bildung zum Geschäft zu machen und Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten den Zugang zu höherer Bildung zu verwehren. Wir meinen, der Zugang zu Institutionen wie Schulen, Universitäten, Volkshochschulen oder Bibliotheken muss jedem Menschen offenstehen, unabhängig vom Geldbeutel.

Wir fordern Lernmittelfreiheit in allen Bildungseinrichtungen.

Bildungspolitik beginnt mit einem breiten und vergrößerten Angebot an Kinderbetreuungsstellen schon für unter Dreijährige durch gut ausgebildetes Fachpersonal und setzt sich fort mit einer Ganztagschule, in der alle Kinder bis zum gewünschten Abschluss zusammen lernen und sich entwickeln können. Nur

so kann auch Kindern aus einkommensschwachen Familien Chancengleichheit geboten werden. Für Bochum ist daher die Errichtung von Ganztags Gesamtschulen notwendig.

Banken, Konzerne und die Bundeswehr haben an den Schulen unserer Stadt nichts zu suchen. Eine vernünftige Finanzierung der Schulbildung ist eine öffentliche Aufgabe und darf nicht von der Gnade oder den Interessen von privaten Geldgebern abhängig gemacht werden. Außerdem ist die Schaffung weiterer privater Elite-Schulen zu unterbinden. Wir lehnen Werbung an Schulen daher ebenso ab wie das sogenannte „School-Sponsoring“. An die Stelle des wachsenden Einflusses der Privatwirtschaft auf Bildungsinhalte und schulisches Leben wollen wir eine konsequente Demokratisierung der Schulen und die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnenschaft setzen. Gleiches gilt auch für die berufliche Bildung und Weiterbildung, statt Bildungsabbau sind Investitionen in berufliche Aus- und Weiterbildung vorzunehmen.

Auch an der Universität darf die Freiheit für Lehre und Forschung nicht durch die Einflussnahme von Großunternehmen verdrängt werden. Die Breite des Bildungsangebotes an der Ruhr-Universität muss erhalten bleiben; Fächer wie Musikwissenschaft sollen weiterhin an der RUB angeboten werden.

Unsoziale Experimente wie die sogenannte "Eliteuni" lehnen wir aufs Schärfste ab. Auch wenden wir uns gegen Studienkonten-, Studiengebühren etc., da damit Studierende, die für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen müssen, gegenüber Studierenden aus begüterten Elternhäusern massiv benachteiligt werden.

4. GESUNDHEIT

Das Gesundheitssystem soll den Menschen dienen, nicht den Profitinteressen von Pharmakonzernen und Lobbyistenclans. Praxisgebühr und Zuzahlungen lehnen wir kategorisch ab, zu-

mal diese insbesondere für GeringverdienerInnen, RentnerInnen, Arbeitslose, und ALG II sowie Sozialgeld-BezieherInnen eine unzumutbare Härte bedeuten.

Wir fordern lokale Gesundheitszentren nach dem Vorbild der Polykliniken, die allen– natürlich auch Obdachlosen und illegalisierten MigrantInnen eine kostenlose Gesundheitsversorgung garantieren. Weiterhin fordern wir den Ausbau bzw. Erhalt von sozialen Einrichtungen, wie z.B. dem Frauengesundheitszentrum, die u.a. auch für die Aufklärung über Gesundheitsgefahren zuständig sind, z.B. in den Bereichen der Aids- und Drogenberatung.

In den örtlichen Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen herrscht ein chronischer Personalmangel, ein akuter Pflege- notstand ist bereits traurige Realität. Deshalb fordern wir die Rücknahme der Privatisierung und die Übernahme dieser Bereiche in die öffentliche Hand mit ausreichender Finanzierung. Anstatt Unternehmen zu fördern, die nur auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind, müssen die Gelder sinnvoll für dauerhafte Einrichtungen und Arbeitsplätze im kommunalen Gesundheitswesen eingesetzt werden.

Dem Pflegenotstand muss im Interesse der kranken Menschen und des Personals effektiv entgegengetreten werden.

5. WOHNEN

Wohnen ist ein Grundrecht. Jeder Mensch, jedes Paar, jede Familie, und jede Wohngemeinschaft muss eine den eigenen Bedürfnissen entsprechende Wohnung erhalten und diese auch bezahlen können. Wir fordern daher den Stopp der Vernichtung von preiswerten Wohnungen und keinen profitorientierten Verkauf an „Investoren“ oder Investmentgesellschaften („Heuschrecken“).

Damit Wohnraum bezahlbarer wird, fordern wir den Erhalt des vorhandenen und die Schaffung von neuem kommunalem

Wohnungseigentum. Dazu soll ein städtisches Wohnbau-Programm aufgelegt werden, das u.a. auch die Ergebnisse des Sozialberichtes 2008 berücksichtigt. Wir wollen auch eine aktive Bekämpfung der Obdachlosigkeit in unserer Stadt unter Einbeziehung der Obdachlosenorganisationen.

Die Zweckentfremdungsverordnung muss konsequent angewendet werden. Ebenso ist Mietwucher konsequent zu verfolgen. Städtische und halbstädtische Wohnungsgesellschaften wie z. B. die VBW sind daraufhin zu kontrollieren, dass sie bezahlbaren Wohnraum schaffen.

6. STADTPLANUNG

In der Stadtplanung treten wir für eine Abkehr von einer Politik ein, die die Stadt nach kapitalistischen Gesichtspunkten vermarkten will. Stadtplanung muss wieder vordringlich den Menschen in der Stadt dienen. Die Planungen, aus Bochum eine reine Einkaufsstadt zu machen, lehnen wir ebenso ab, wie der Stadt eine Hochhaus-Skyline zu verpassen.

Wir treten für ein Miteinander der Innenstädte von Bochum und Wattenscheid und den Stadtteil- und Wohnortzentren ein.

Die Infrastruktur und die Grundversorgung ist in den Stadtteilen zu gewährleisten und auszubauen. Wir lehnen weitere Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“, ebenso wie die geplante, drastische Ausweitung der Einzelhandelsflächen, trotz umfangreicher Leerstände in der Bochumer Innenstadt und in den Stadtteilzentren ab und treten für die Schaffung von mehr Ruhezeiten ein.

Eine solche Ruhezone könnte z.B. in Verbindung mit dem Husemannplatz auf dem Gelände der Justizbehörden geschaffen werden, die demnächst umziehen werden. Ebenso lehnen wir die Vermarktung des Platzes an der Castroper Straße ab und treten für dessen Erhalt als Zirkus-, Kirmes- und Veranstaltungsplatz ein.

Stadtplanung muss dem Ziel dienen, in Bochum schön leben, wohnen, arbeiten und lernen zu können. Das erfordert eine gesunde Umwelt. Wir brauchen öffentliche Plätze, Parks und Grünflächen in und um Bochum, nicht die Vernichtung der grünen Lungen unserer Stadt durch gewerblichen Flächenfraß oder den Ausbau von privaten Golfplätzen. Dem jährlichen Flächenverbrauch und der Vernichtung von wertvollen Ackerböden muss Einhalt geboten werden. Deshalb fordern wir, den noch in der Stadt verbliebenen, landwirtschaftlichen Betrieben eine Zukunft zu geben und vor allem die Direktvermarktung und den ökologischen Landbau zu unterstützen.

Die Soziale Liste tritt für einen konsequenten Denkmalschutz ein und lehnt die Abrisspolitik der Stadt Bochum ab. Wichtige Stätten der Stadtgeschichte, der Industriekultur, der Verfolgung und des Widerstandes gegen den Faschismus und des Aufbaues nach 1945 sollen erhalten bleiben und mit Erinnerungszeichen kenntlich gemacht werden.

7. UMWELTSCHUTZ

Die Stadt Bochum muss mit den Ressourcen verantwortungsvoller umgehen, daher ist eine umfassende Wärmedämmung öffentlicher Gebäude wie z.B. des Rathauses vorzunehmen.

Die Stadt Bochum soll sich verstärkt für den Einsatz regenerativer Energien einsetzen, Projekte wie die Wärmeversorgung der RUB durch Geothermie sind anzuschließen und fortzuführen.

Wir fordern effektivere Maßnahmen zur Feinstaubbekämpfung und lehnen weiterhin den Ausbau der A40 und den geplanten Ausbau der A433 (Sheffield/Oviedo-Ring) und der A43 ab. Autobahnen sind in dichtbewohnten Siedlungsgebieten zu deckeln.

Ein bezahlbarer ÖPNV ist das Rückgrat städtischen Verkehrs. Taktzeiten und Anschlusszeiten sind den wirklichen Bedürfnissen der BürgerInnen anzupassen. Weitere Strecken dürfen

keinesfalls gestrichen oder ausgedünnt werden –Alternativen zum Autoverkehr sind vielmehr auszubauen.

Müllsammlung, Entsorgung und Verwertung sind unter ökologischen Gesichtspunkten komplett in kommunaler und öffentlicher Hand zu betreiben.

Der Mülltourismus vor allem in den Bochumer Norden hat sich zu einer enormen Belastung für die AnwohnerInnen entwickelt, hier muss gelten: Lebens- und Wohnqualität hat Vorrang vor Profitinteressen!

Die städtischen Naherholungsgebiete müssen als grüne Lunge für alle erhalten bleiben und dürfen nicht privatisiert werden.

Bei der Neuansiedlung von Unternehmen, etwa auf dem ehemaligen NOKIA-Gelände, sind Branchen zu bevorzugen, die umweltschonende Technologien einsetzen.

Wir unterstützen Überlegungen und Forderungen, die auf eine langfristige Umstellung der Produktion bei Opel Bochum auf umweltverträgliche Produkte abzielen..

8. KINDER UND JUGEND

Bochum soll eine kinderfreundliche Stadt werden. Alle Kinder und Jugendliche, auch die aus einkommensschwachen Familien haben ein Recht auf Chancengleichheit, unabhängig von ihrer Herkunft. Wir brauchen ein ausreichendes Angebot an kostenfreien Kindergarten- und Kita-Plätzen, selbst bestimmte, gut ausgestattete Jugendräume mit entsprechendem Freizeitangebot, sowie eine umfassende Modernisierung der teilweise trostlosen und gefährlichen Spiel- und Sportplätze. In der Verkehrspolitik muss die Sicherheit der Kinder wichtiger sein als die Geschwindigkeit der Autos.

Kommerzielle Interessen müssen aus dem Jugendfreizeitbereich konsequent zurückgedrängt werden.

9. KULTUR

Jeder Mensch hat ein Anrecht auf Teilnahme am kulturellen Leben in unserer Stadt. Dieses Recht auch für die Ärmern praktisch durchzusetzen, ist eine öffentliche Aufgabe, die sich nicht mit immer neuen Streichkonzerten im kulturellen Bereich verträgt.

Statt Millionen für teure Prestigeprojekte à la RuhrCongress oder Konzerthaus zu verpulvern, fordern wir eine konsequente Förderung alternativer stadtteilbezogener Basiskultur, jugendkultureller Projekte, den Ausbau städtischer Bibliotheken, der Musikschule, der VHS und von Programmkinos sowie von Kulturzentren (auch in Stadtteilen, wie z.B. Wattenscheid) in städtischer Trägerschaft. Menschen mit niedrigem Einkommen wollen wir mit dem erweiterten „Bochum Pass“ ermäßigten oder kostenlosen Zugang zu Kulturveranstaltungen ermöglichen. Zudem dürfen ehemals renommierte Kulturstätten wie das Schauspielhaus nicht zu Spielplätzen des Kommerzes verkommen. Bochum hat eine reiche kulturelle Tradition, die es auszubauen gilt. Eine weitere Ökonomisierung der Kultur lehnen wir ab.

10. FÜR EINE DEMOKRATISCHE SENIOR/INN/EN- UND BEHINDERTENPOLITIK

Ältere Menschen und/oder Behinderte müssen in unserer Stadt die Möglichkeit haben, ein selbst bestimmtes Leben zu führen und sich sozial und politisch einbringen können.

Die hierfür benötigten materiellen Voraussetzungen sind dafür eine wichtige Grundlage und dürfen nicht fortlaufend eingeschränkt werden.

Des Weiteren benötigt dieser Personenkreis aber zusätzliche Hilfen. Um die örtliche Mobilität für unsere älteren und/oder behinderten MitbürgerInnen zu gewährleisten, ist die sofortige Einführung eines kostengünstigen Sozialtickets, wie es ein-

stimmig vom Seniorenbeirat der Stadt Bochum wiederholt gefordert worden ist, notwendig.

Ferner soll sich auch die Wohnungsstruktur in Bochum stärker gegen die Vereinzelung und Vereinsamung richten und ein Miteinander fördern. Mehr Projekte wie Mehrgenerationenhäuser oder „Wohngemeinschaften mit und für SeniorInnen“ sind notwendig, sollen gefördert werden und müssen bezahlbar sein. Hier wird Solidarität gelebt und Eigenständigkeit erhalten und gefördert. Versorgungs- und Einkaufsmöglichkeiten für diesen Personenkreis müssen gewährleistet werden.

Außerdem ist es für diese Menschen besonders wichtig, dass das Wohnumfeld barrierefrei gestaltet wird. Bei allen Neubau- oder Umbaumaßnahmen ist darauf zu achten, dass dieses ausreichend berücksichtigt wird.

Für die Angehörigen, die einen pflegebedürftigen Mitmenschen in ihrem häuslichen Umfeld versorgen, ist ein ausreichendes Angebot an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen in erreichbarer Nähe bereitzuhalten.

11. DIE STADT GEHÖRT DEN MENSCHEN...

... nicht dem Kommerz. Es ist unerträglich, wenn BürgerInnen unserer Stadt der Zugang zu öffentlichen Straßen und Plätzen nur nach Maßgabe ihres sozialen Status, ihrer Brieftasche, ihrer Kleidung bzw. ihrer Hautfarbe gewährt wird.

Die öffentlichen Flächen in der Innenstadt müssen wieder von allen genutzt werden können, und zwar ohne jeglichen Verzehrzwang von Seiten der Gastronomie. Ursprünglich öffentliche Flächen dürfen nicht komplett an die Gastronomie verpachtet werden, wie z. B. im Bermudadreieck. Mitgebrachte Speisen und Getränke sind deshalb auch an den dort aufgestellten Tischen zu tolerieren

Wir fordern: Schluss mit den diskriminierenden und rassistischen Passkontrollen gegenüber MigrantInnen, Unangepassten, Punks usw. durch Polizei und BGS am Bochumer Hauptbahnhof; Schluss mit der Schikane von privaten Sicherheitsdiensten gegenüber Nichtsesshaften. Stattdessen fordern wir ein konsequentes Vorgehen gegen organisierte Kriminalität und faschistische Schläger in unserer Stadt.

12. WIRTSCHAFT & FINANZEN

Das Gejammer ob der leeren Staatskassen machen wir nicht mit. Wenn die öffentlichen Kassen leer sind, dann sind sie es, weil sie auf Betreiben aller in Bund, Land und Stadt maßgeblichen Parteien systematisch und über Jahrzehnte geplündert wurden. Jedes der angeblich notwendigen Sparprogramme auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und BezieherInnen von Transferleistungen und der kommunalen Infrastruktur ging und geht einher mit großzügigen Steuergeschenken an SpitzenverdienerInnen und Konzerne und geht zu Lasten der Allgemeinheit. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben gespart wird, während sich die Oberschicht auf unsere Kosten Milliardenbeträge in die Tasche schaufelt.

Wir fordern die Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine angemessene Erbschaftssteuer sowie eine konsequente Verfolgung von Steuerbetrug vor allem der Vermögenden. Bund und Länder müssen für eine ausreichende Finanzierung der Kommunen sorgen.

Auch und gerade Großunternehmen müssen angemessen Gewerbesteuern bezahlen! Auf den Prüfstand gehören die Aufwendungen für Werbungs- und Repräsentationsaufgaben, prestige- und profitträchtige Großprojekte sowie der kommunale Dienstwagenpark. Den Ausverkauf öffentlichen Eigentums, „Public Private Partnership“ und kriminelle Machen-

schaften wie das sogenannte „Cross-Border-Leasing“ lehnen wir kategorisch ab.

Wir verlangen den Ausbau städtischer Betriebe, den Erhalt der Sparkassen und anderer kommunaler Töchter in öffentlicher Hand, sowie die Rekommunalisierung zentraler Bereiche der Daseinsvorsorge, z.B. der Abfallwirtschaft.

Wir fordern die Verbesserung der geltenden Ausschreibungsbedingungen, sowie deren strikte Einhaltung, die verständliche und transparente Offenlegung aller kommunalen Ausgaben, eine konsequente Korruptionsbekämpfung und die Beteiligung der BochumerInnen an den finanziellen Belangen ihrer Stadt im Rahmen eines Bürgerhaushaltes.

13. VERKEHR

Gegen den Verkehrsinfarkt helfen weder der A40/A43-Ausbau noch das Westkreuz oder weitere Schnellstraßen. Sowohl aus verkehrstechnischen als auch aus wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Erwägungen brauchen wir eine konsequente Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Notwendig sind Taktverdichtungen und die deutliche Senkung der Tarife der BOGESTRA und des VRR. Für sozial Benachteiligte fordern wir, langfristig die Einführung eines kostenlosen Tickets, kurzfristig ist ein kostengünstiges, möglichst VRR-weites Sozialticket zu schaffen.

Brachliegende Strecken und alte Werkbahnen sollen wieder für den Personen- und Güterverkehr genutzt werden.

Wir streben die Wiedereinführung gestrichener, aber sinnvoller Verbindungen an. Weiterhin treten wir für den schnellen Ausbau der Stadtbahnen im Stadtgebiet ein.

Ein längerfristiges Programm soll umfassen: Der geplante Ausbau der Linie 310 durch Langendreer zum S-Bahnhof sowie der Linie 302 durch Langendreer nach Witten,

der weiterhin geplante Ausbau der Linie 306 über Harpen zum Einkaufszentrum Ruhrpark und die zweigleisige Fortführung der Linie 318 durch Dahlhausen bis zum Eisenbahnmuseum sind zügig umzusetzen.

Beim Radverkehr sollte darauf geachtet werden, dass Radwege auch sinnvoll benutzbar sind und der weitere Ausbau sollte sich an einem bedarfsgerechten Netz orientieren.

Bochum muss wesentlich fußgängerfreundlicher gestaltet werden. Dazu gehören bessere Ampelschaltungen und die flächendeckende Wegebeleuchtung.

Auch eine Weiterführung der 310 von Wattenscheid bis Essen ist ein überaus sinnvolles Projekt, das wir vorschlagen, ebenso wie die Eingliederung der neuen Ruhrtalbahn in den öffentlichen Nahverkehr mit einer Verbindung von Dahlhausen nach Hagen.

14. FRIEDEN

Gewalt darf kein Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen sein.

Wir wollen eine friedliche und atomwaffenfreie Stadt.

Kommunale Ausgaben für Bunker, Munitionstransporte, militärische Infrastruktur etc. sind ersatzlos zu streichen. Insbesondere wenden wir uns gegen Propaganda Aktionen der Bundeswehr in den Schulen, Arbeitsämtern, der Universität und den Straßen unserer Stadt. Stattdessen fordern wir eine konsequente Friedenserziehung an allen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen.

15. ANTIFASCHISMUS

Wir wollen eine Stadt, in der jeder Mensch unabhängig von

Herkunft, Hautfarbe, Religion oder kultureller Szene ohne Angst am öffentlichen Leben teilnehmen kann. Nazis und RassistInnen haben deshalb in Bochum nichts verloren. Von den Polizei- und Justizbehörden, sowie der Stadt Bochum erwarten wir endlich ein konsequentes Durchgreifen gegen rechte Gewalt und Nazipropaganda. Statt Naziaufmärsche mit Großaufgeboten der Polizei zu schützen, verlangen wir den Schutz der BochumerInnen vor faschistischen Schlägertrupps.

Wir fordern die Schließung des „braunen Hauses“, der NPD-Landeszentrale in Wattenscheid, da von diesem Ort seit Jahrzehnten systematisch Hetze und Terror verbreitet werden. Die Stadt Bochum soll alles Erdenkliche tun, um ein ein NPD-Verbot voranzutreiben. Faschistische Propagandainstrumente, wie Zeitungen(z.B. "Freiheit Wattenscheid"), sowie entsprechende Internetseiten sind zu verbieten!

Wir treten für den verstärkten Einsatz öffentlicher Mittel für interkulturelle, antifaschistische Projekte, insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit und dem AussteigerInnenprogramm aus der faschistischen Szene ein.

16. INTERNATIONALES

Bochum ist eine weltoffene Stadt. Wir setzen uns ein für ein friedliches Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen und Kulturen.

Wir sind solidarisch mit allen Menschen, die weltweit für Frieden und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Von dem Engagement und den Erfolgen dieser Menschen können wir lernen. Aus diesem Grunde erstreben wir eine Öffnung des Konzepts der Städtepartnerschaften und schlagen Partnerschaften mit Kommunen in Latein-Amerika (z.B. Matanzas auf Kuba und Cumaná in Venezuela) vor.

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequenter und unbestechlicher wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

**Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G.,
BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 891 69 00**



Ich möchte...

- Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- Mitglied werden.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Tel.: _____

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an unten stehende Adresse schicken.

Impressum:

Christoph Nitsch (V.i.S.d.P.), Soziale Liste Bochum, Willy-Brandt-Platz 1-3, 44777 Bochum.

Druck: Eigendruck

E-Mail: SOZIALELISTEimRat@bochum.de

Internet: <http://www.soziale-liste-bochum.de>

Telefon: 0234 - 910 10 47, **Fax:** 0234 - 910 10 48